

Der Courier  
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Bezugspreis:  
für Kanada ..... \$2.50  
für Ausland ..... \$3.50  
Im voraus bezahlt.  
Kanada ..... \$2.00

# Der Courier

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language  
Issued every Wednesday  
Subscription price:—  
in Canada ..... \$2.50  
to foreign countries ..... \$3.50  
If paid in advance:  
Canada ..... \$2.00  
1885 Halifax Street, Regina.

25. Jahrgang. 24 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 18. Dezember 1929. 24 Seiten Nummer 7.

## Alberta und Manitoba erhalten Verfügungsrecht über Naturwerte

### Premier Dr. J. T. M. Anderson kehrt mit leeren Händen von Ottawa nach Regina zurück

#### Saskatchewan soll nach Meinung des Provinzpremiers die Frage mit der Regierung in Ottawa auf dem Gerichtsweg antragen.

#### Dominionregierung sehr stark verärgert wegen der unfreundlichen und drohenden Haltung von Dr. J. T. M. Anderson

Ottawa. — Der seit 50 Jahren währende Streit um die Naturwerte der westlichen Provinzen ist endlich durch ein Abkommen mit Manitoba und Alberta beendet, wodurch die Streitigkeiten zur Verfügung der beiden Provinzen gestellt werden. Zehn Minuten, nachdem das Abkommen der Dominionregierung mit Manitoba unterzeichnet war, war auch ein zweites Abkommen mit Alberta abgeschlossen.

Die einzige canadische Provinz, die das Verfügungsrecht über ihre Naturwerte noch nicht besitzt, ist Saskatchewan, was von einem canadischen Minister in Ottawa lebhaft bedauert wird. Die Verantwortung für diese isolierte Stellung Saskatchewan fällt auf die gegenwärtige konservative Provinzregierung. Premier Dr. J. T. M. Anderson trat vor letzten Montag hier ein und versuchte vergebens, Alberta auf seine Seite zu ziehen. Ferner schiedete er seiner Sache von Anfang an dadurch, daß er durch die Presse mitteilen ließ, er verpönte sich von den Verhandlungen keinen Erfolg und er besäße den guten Willen der Dominionregierung. In dieser Weise äußerte er sich schon, bevor er überhaupt eine Konferenz mit dem canadischen Bundeskabinett gehabt hatte. Allgemeine Ansicht in Ottawa ist es, daß man mit einer solchen Einstellung nicht zu Verhandlungen kommen kann. Als dann Dr. Anderson seine Sache verteidigte, forderte er die Einleitung einer Kommission und Berufungsschied gegen deren Entscheidungen. Man nimmt an, daß die Dominionregierung dazu bereit ist, die Frage der Naturwerte von Saskatchewan auf gerichtlichen Wege antragen zu lassen.

Man würde ebenso wie Alberta berücksichtigt worden sein, wenn Dr. Anderson nicht ein Verhalten an den Tag gelegt hätte, das jede weitere Verhandlung unmöglich machte.

Das Abkommen mit Manitoba wurde im Namen der Provinz von Premier Braden, dem Bergwerksminister D. G. McKenzie und dem Justizminister W. J. Major und im Namen der Dominion von canadischen Innenminister Charles Stewart unterzeichnet, der auch sein Unterzeichnet unter das Alberta-Dokument setzte. Das Abkommen mit Alberta unterschrieben im Namen der Provinz Premier Brownlee, Landwirtschaftsminister Goodley und Justizminister Lombard.

Die Unterzeichnung fand in der historischen „Privy Council Chamber“ im Oldbld der Regierungsgebäude statt. In diesem Raum ist am 1. Juli 1867 die Proklamation der canadischen Konföderation verlesen, die erste Regierung vererbte und mit ihr die Dominion Canada geboren worden.

Es wurde ebenfalls in Alberta berücksichtigt worden sein, wenn Dr. Anderson nicht ein Verhalten an den Tag gelegt hätte, das jede weitere Verhandlung unmöglich machte.

Das Abkommen mit Manitoba wurde im Namen der Provinz von Premier Braden, dem Bergwerksminister D. G. McKenzie und dem Justizminister W. J. Major und im Namen der Dominion von canadischen Innenminister Charles Stewart unterzeichnet, der auch sein Unterzeichnet unter das Alberta-Dokument setzte. Das Abkommen mit Alberta unterschrieben im Namen der Provinz Premier Brownlee, Landwirtschaftsminister Goodley und Justizminister Lombard.

Die Unterzeichnung fand in der historischen „Privy Council Chamber“ im Oldbld der Regierungsgebäude statt. In diesem Raum ist am 1. Juli 1867 die Proklamation der canadischen Konföderation verlesen, die erste Regierung vererbte und mit ihr die Dominion Canada geboren worden.

### Einzelheiten der Abkommen.

Das Abkommen mit Manitoba beinhaltet:

1. Sofortige Rückgabe der nicht veräußerten Naturwerte.
2. Einmalige Fortdauer der Subsidien-gewährung für die Naturwerte mit den gesetzlichen Zuschlägen.
3. Verabschiedung von \$4,584,212.49 als Entschädigung für die Veräußerung von Naturwerten von 1870 bis 1908.

Das Abkommen mit Alberta beinhaltet:

1. Sofortige Rückgabe der nicht veräußerten Naturwerte.
2. Einmalige Fortdauer der Subsidien-gewährung für die Naturwerte mit den gesetzlichen Zuschlägen.
3. Ernennung einer Kommission, bestehend aus Richter W. J. A. Turgeon von Saskatchewan als Vorsitzenden, Chas. M. Bowman von Waterloo, Ont., und Fred E.

### Alberta und Saskatchewan.

In verfassungsrechtlicher Beziehung war Alberta in genau der gleichen Lage wie Saskatchewan. Premier Brownlee von Alberta begann jedoch mit den Verhandlungen in freundschaftlichem Geiste. Saskatchewan

### Vertrauensvotum für die Reichsregierung

#### Finanzreformplan Dr. Hilferdings nach Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei angenommen.

#### Auflösung des Reichstages und Neuwahlen dadurch verhütet.

Berlin, 14. Dez. — Mit 292 gegen 166 Stimmen beendete heute der Reichstag sein Vertrauen in die Regierung des Kanzlers Hermann Müller und wandte damit in Verbindung mit dem Finanzprogramm eine Kritik ab, die mit einem Sturz der Regierung zu enden drohte. Der Ausdruck unbedingten Vertrauens in die allgemeine Haltung der Regierung bildete den ersten Teil eines Antrages, in dem auch eine Kompromißformel bezüglich des Finanzreformplans des Finanzministers Dr. Hilferding enthalten war.

Zudem der Reichstag der Regierung das nachgeforderte Vertrauensvotum gab, billigte er ihre Erklärung über die Notwendigkeit einer allgemeinen Finanzreform, ohne jedoch den verschiedenen Vorschlägen Dr. Hilferdings seine Zustimmung zu geben.

Eine Mitternachtsitzung des Kabinetts des Kanzlers Hermann Müller und der Parteiführer verlegte sich um 1 Uhr 20 heute morgen, nachdem man zu dem Zeitpunkt gekommen war, dem Reichstag heute noch ein Gesetz um ein Vertrauensvotum zu unterbreiten, einschließlich des gesamten Finanzprogramms des Finanzministers Dr. Hilferding.

Man hofft jetzt, daß das zwischen den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei eingegangene Kompromiß sich auch allen anderen als annehmbar erweisen und die bedrückte Regierungslage verhüten wird.

Das Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei wurde dadurch erreicht, daß die ersten fünf Artikel des Antrages das gesamte Finanzprogramm aufzunehmen, wogegen sie

## Heber 5000 Rußlanddeutsche in Deutschland

### Neunte Gruppe in Ostpreußen eingetroffen.

Eydtkuhnen, Ostpreußen. — Die neunte Gruppe rußlanddeutscher Auswanderer ist von Rußland hier angekommen und wurde nach dem Lager bei Hammerstein weiter befördert. Ingesamt haben nunmehr 5053 dieser Auswanderer Deutschland erreicht.

Nach Bericht der Neuanfänger sind in Ostpreußen sich weitere 2000 deutschstämmige Mennoniten in Moskau, die alle heimlich wünschen, Rußland zu verlassen, doch hat die Sowjetregierung ihnen die Erlaubnis zur Auswanderung verweigert.

Mittlerweile ist die Frage, ob die Auswanderer in Canada oder Südamerika eine neue Heimat finden werden, noch unentschieden. Canada soll müssig sein, sie aufzunehmen (?) und ihnen Länder zu niedrigem Preise anzubieten, doch fehlt es den Leuten an Geld zur Befreiung der nötigen Ausrichtung, und unter der Umstände ist ihre Abreise nach Canada noch zweifelhaft.

Nach Schätzung von Fachleuten sind mindestens \$10,000,000 notwendig, um den Leuten eine produktive Landwirtschaft zu ermöglichen. Das Reichsamt ist bei der mangelhaften Finanzlage anhaltend, die es für die Leuten zu beschaffen, und die Frage, was mit diesen Auswanderern geschehen soll, bereitet der Reichsbehörden beträchtliche Sorgen.

## Religionsunterricht in der Muttersprache verboten

### Darf nach einer Entscheidung des Justizministeriums von Saskatchewan in den Schulen dieser Provinz nur in Englisch erteilt werden

#### Die Frage soll von einem deutschen Schuldistrikt aufgeworfen worden sein. Starke Erregung ist in allen deutschsprechenden Kreisen der Provinz Saskatchewan zu erwarten.

Das Department des Justizministers von Saskatchewan hat eine Verordnung erlassen, wonach der Religionsunterricht in den Schulen in englischer Sprache erteilt werden muß. Nach dem Schulgesetz von Saskatchewan ist es dem Schulleiter je nach seinem Belieben gestattet, für eine halbe Stunde Religionsunterricht vor Schluß des Schulunterrichtes zu sorgen. Am Schulgesetz ist aber nichts davon gesagt, daß der Religionsunterricht in englischer Sprache erteilt werden muß, wie es jetzt vom Justizministerium angeordnet wird.

Nach einem anderen Bericht ist beim Unterrichtsministerium von Saskatchewan von einem deutschen Schuldistrikt angefragt worden, ob der Religionsunterricht in deutscher Sprache gegeben werden kann. Die Angelegenheit wurde zur Entscheidung an das Justizministerium verwiesen, das zum ersten Mal das Schulgesetz dahingehend auslegte, daß nur die englische Sprache für den Religionsunterricht erlaubt sei. (Der Justizminister (Attorney General) von Saskatchewan ist Hon. M. A. MacPherson, der von Regina als Abgeordneter in die Legislatur entsandt worden ist.)

## Das Weihnachtsgeschenk der Dr. Anderson-Regierung

Da haben wir nun das Weihnachtsgeschenk der „Kooperation“ Dr. Anderson-Regierung, die von wahrer „Kooperation“ ebenso weit entfernt ist wie die Erde von der Sonne. Wollte sie diesen Grundlag in ihrer praktischen Politik vertreten, so müßte sie die edelsten Güter ihrer Mitbürger und namentlich auch jene der Minderheiten von Saskatchewan schätzen und erhalten.

Die vorliegende Verordnung ist ein Eingriff in das Heiligtum der Religion und Muttersprache, die beide nach der Hebräerzeugung von kirchlichen und weltlichen Autoritäten untrennbar miteinander verbunden sind. Der Grundgedanke, daß im Religionsunterricht, soweit und solange irgendmöglich, die Muttersprache vorzuziehen ist, ist daher auch in neuerer Zeit bei Behandlung von Minderheitenfragen stets nachdrücklich vertreten und in diesen Ländern auch mit Erfolg durchgeführt worden. Die katholische Päpste-Regierung hat in dem unterirdischen ferndeutschen Schiedsgericht ebenfalls verurteilt, das Italienische als Sprache des Religionsunterrichtes einzuführen, sich dabei aber auf den geschlossenen und energiegelassen Widerstand der Bevölkerung wie der Geistlichkeit.

Der konservativen Saskatchewan-Regierung blieb es vorbehalten, in unangenehm engpassiger Weise einen fürchterlichen Schaden gegen alle Fremdberechtigten der Provinz, besonders auch gegen die Deutschsprachigen aller Konfessionen zu führen. Diese alle sind daran interessiert, daß ihren Kindern Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wird, damit in der Schule das Fortgeleitete, was im Elternhause begonnen worden ist, Gutes die Kinder ihre ersten religiösen Begriffe, ihr Vaterland, Stellen aus der Bibel usw. aus dem Munde von Vater und Mutter in der deutschen Sprache erlernen, so wäre es eine unermesslich reichhaltige Unterbrechung der religiösen Entwicklung in der Kindeszeit, wenn man

## Wieder eine amerikanische Zuchthausrevolte

### Acht Sträflinge erschossen und ein Oberaufseher ermordet

#### Zu große Milde soll Schuld an dem Aufruhr tragen

Auburn, N. Y. — In der hiesigen Strafanstalt ist nach einem schweren Aufruhr die Ruhe wieder hergestellt. Es liegt nunmehr fest, daß acht Sträflinge den Aufruhr mit dem Tod bestrafen. Sie wurden von den Staatspolizisten erschossen, die den Gefängnisdirektor Edgar S. Jennings und sieben Aufseher aus der Gewalt der Aufrehrer befreiten und letztere in ihre Zellen zurücktrieben. Bei Beginn des Aufruhrs war Oberaufseher George M. Durstford ermordet worden.

Der Zustand des durch einen Schuss in den Rücken verletzten Aufsehers Atkins wird von den Ärzten im hiesigen städtischen Spital für ernst erklärt. Außer diesem sind noch acht Aufseher und zwei Sträflinge in Spitalspflege.

George A. Sullivan, Sergeant der Gefängniswache, der provisorisch zum amtierenden Gefängnisdirektor ernannt wurde, erklärt, daß die den Sträflingen im allgemeinen erwiehene zu große Milde und Maßnahmen der „National Welfare League“ an dem Ausbruch der Meuterei Schuld tragen.

Die amtliche Untersuchung über den Aufruhr wird von Major Philip G. Hoyle durchgeführt. Ein erster Bericht über den Aufruhr wird, daß zehn Gewehre im Gefängnisarsenal festhalten.

Die Namen der erschossenen Sträflinge und deren Strafzeit waren:

Berco Johnson, lebenslanglich; Alex Zuchalka von Buffalo, lebenslanglich; Steve Borsat, zweimal zu lebenslanglicher Zuchthausstrafe verurteilt; Stephen Spornling, 15 Jahre Zuchthaus; Henry Sullivan, unregelmäßiger Straftermin von 20 bis 21 Jahren wegen Mordverlaches im März d. J. um sieben Jahre verlängert; Ernest Babel, 40 Jahre Zuchthaus; James Viantruff, 20 Jahre Zuchthaus.

### Bundeskanzler Schöber bleibt

Wien. — Bundeskanzler Johann Schöber hat den Bundespräsidenten Miklas erlucht, ihn seines Amtes zu entheben, da er die ihm übertragene Aufgabe, die Verfassung der Republik Österreich zu ändern, vollendet habe.

Das Resignationsgesuch wurde vom Bundespräsidenten nicht angenommen, der dem Bundeskanzler seinen Dank für die von ihm geleistete Arbeit ausdrückte.

Die nummehr vom Nationalrat und vom Bundesrat angenommene revidierte Bundesverfassung wird zu Neujahr in Kraft treten. (Siehe auch auf Seite 2 den Bericht „Deherrscher Verfassungsreform“.)

### Rumänenprinz bleibt verbannt

Bukarest, Rumänien. — Ein Antrag des früheren Kronprinzen Carol von Rumänien, zu einem Besuche nach seiner Heimat zurückzuführen, wurde von der Regierung abgelehnt. Nach dem Geleit darf Carol, der Vater des Königs Michael, nicht vor 1936 nach Rumänien zurückkommen.

### Nobile will Nordpolflug mitmachen

Friedrichshafen. — Der italienische General Umberto Nobile der Führer der verunglückten „Italia“ Expedition zum Nordpol, hat hier die Japaneis-Berle behauptet und um Erlaubnis zur Teilnahme an dem geplanten Nordpolflug des „Oro-Japelin“ im nächsten Frühjahr nachgesucht.

Dr. Hugo Eckener wies ihn in dessen mit dem Vorkommen ab, daß nicht er, sondern die Aero-Artistik-Gesellschaft in Berlin darüber zu entscheiden hätte. Sekretär Bruns der Gesellschaft sagt, bisher hätte sich Nobile nicht an ihn gewandt.

## Britische Flagge im Rheinland niedergeholt

### Abzug der letzten englischen Truppen aus Wiesbaden und Bingen

#### Allgemeine Volksfreude und vaterländische Kundgebungen auf Straßen und in Cafes

Wiesbaden. — 12. Dez. — Als heute der „Union Jact“ an der Abnahme des Hotels Hohenzollern des jahrelangen Hauptquartiers der britischen Soldaten, die Wiesbaden seit dem 31. Januar 1926 besetzt gehalten hatten, niederging — ein Symbol dafür, daß die Räumung des Rheinlandes, soweit die Briten in Betracht kommen, vollendet ist — erhob sich ein Jubel unter der Bevölkerung. Man wartete nur, bis die 700 britischen Soldaten vor General Zwaite und französischen Offizieren, die er eingeladen hatte, ihre letzte Fahnenparade abgehalten und ihren Truppentransportzug betreten hatten. Dann brach die große Volksfreude hier in Wiesbaden bemerkt ebenso stark aus, wie jüngst in Aachen nachdem die Belgier abgezogen waren. Nicht ganz so stark, da die Engländer im Rheinland nie so verhasst waren wie die Belgier und die Franzosen.

Wo sich Deutsche in den Straßen begegneten, schüttelten sie einander die Hände. In den Kaffeehäusern tranken die Leute einander bis in die Nacht hinein zu und ließen das deutsche Vaterland hochleben.

Der Brietengeneral hatte den Kommandeur der französischen Besatzungstruppen des Rheinlandes, General Guillaumain, und dessen Adjutanten zu der Abschiedsfeier eingeladen. Die stalt fand, nachdem der Brite den Epithen der Stadtbeförden ein paar steife Abschiedsbefehle abgehakt hatte. Es erfolgte ein Appell der brit. Soldaten, sodann spielte die britische Militärkapelle ihre Nationalhymne und die fremde Flagge wurde herabgezogen. Die britische Militärkolonne marschierte hierauf zum Bahnhof, eine Abteilung französischer Kavallerie gegen die Einwohner der Stadt abgelenkt hatte, die Briten betätigten ihren Zug und dampften um halb 4 Uhr nachmittags ab.

Kurz vorher verabschiedete sich General Zwaite im Wartesaal des

### 184 Opfer der europäischen Sturmatastrophe

London. — Während ein steigendes Barometer besseres Wetter für Nordwest-Europa verspricht, rechnen Sachverständige die Menschenverluste und Sachschäden aus, die der Orkan, der mehr als eine Woche anhielt, angerichtet hat.

Die letzten Zahlen weisen aus, daß der Orkan mindestens 184 Menschenleben gefordert hat. Die meisten von ihnen auf See. Mehr als 69 Schiffe sind gesunken, getrieben oder schwer beschädigt. Noch unvollständige Zahlen aus Paris weisen aus, daß in Frankreich, oder an der französischen Küste 52 Personen ihr Leben einbüßten.

Die Sturmgezeiten Wasser des Norelkanals verloren etwas von ihrer Wut, aber noch ein neuer Dampfer landete einen S. O. S. Ruf. Es war der britische Dampfer „Londonberry“, der 10 Meilen von Galatz in See stieß.

Die Rollen einiger großer Dampfer erhalten durch die Wut der Elemente einige Freiheiten nach fremden Ländern. Der holländische Dampfer „Statenland“ konnte seinen Koffen bei Southampton nicht abgeben und nimmt ihn mit nach New York. Vier andere Linsen sind auf dem Wege nach Madeira, Bremen, Cherbourg und London.

### 204 Opfer der Prohibition

Evansville, Ill. — Die National Woman's Christian Temperance Union“ machte einen Bericht von Dr. James M. Moran, dem amerikanischen Bundesprohibitions-Kommissar bekannt, in dem dieser sagte, daß 147 Personen von Agenten seines Departments „in Ausübung ihrer offiziellen Pflichten“ getötet worden waren. Er sagte ebenso, daß 57 Prohibitionsagenten ihr Leben verloren hätten.

### Deutsche Kreuzerfahrt um die Welt

Wilhelmshaven. — Der deutsche Kreuzer „Emden“ ist von einer Kreuzerfahrt um die Welt von der Dauer eines Jahres zurückgekehrt. Unterwegs besuchte das Schiff auch die Pazifikküste der Ver. Staaten und verlor amerikanische Vögel. Die Schiffsoffiziere berichteten, die Kreuzerfahrt habe viel dazu beigetragen, Deutschland in engere Beziehungen mit anderen Ländern zu bringen.